

ANFRAGE von Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich), Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) und Marzena Kopp (Die Mitte, Meilen)

Betreffend Wie weiter nach dem klaren Nein zum durchgehenden Seeuferweg vom
3. März 2024 – Richtplananpassung?

Die Stimmbevölkerung im Kanton Zürich hat am 3. März 2024 die Volksinitiative „Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung“ mit 64.03% und in allen Bezirken abgelehnt. Im Abstimmungskampf war insbesondere die Forderung nach einem durchgehenden, direkt am Ufer gebauten Uferweg sehr umstritten, da dies aufgrund der rechtlichen und tatsächlichen Verhältnisse am Zürichseeufer und der damit verbundenen Kosten unverhältnismässig gewesen wäre.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie interpretiert der Regierungsrat das klare Nein gegen die Volksinitiative?
2. Teilt der Regierungsrat die Meinung, dass nach der Volksabstimmung nun mit den Gemeinden Naherholungsgebiete zu definieren sind, damit eine pragmatische Alternative für einen durchgehenden Seeuferweg im Sinne eines Zürichseewegs (statt eines Uferwegs) gefunden werden kann?
3. Befürwortet der Regierungsrat die Anpassung des kantonalen Richtplans – namentlich die Löschung eines durchgehenden Uferweges? Wenn nein, weshalb nicht? Wenn ja, was sind die nächsten Schritte?

Sonja Rueff-Frenkel
Domenik Ledergerber
Marzena Kopp